

UTE VOGT

INFORMIERT

Nr. 1

SPD

Januar 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

die Kommunalpolitik ist die Herzkammer der Demokratie. Es erschüttert und macht uns wütend, dass in heutigen Zeiten sogar schon Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker so stark angefeindet und zum Teil auch angegriffen werden, dass sie sich nicht länger in der Lage sehen, ihr Amt auszuüben. Sie ziehen sich zurück, um sich, aber vor allem um ihre Familien vor Gewalt zu schützen. Wir gehen mit allen Mitteln des Rechtsstaates gegen diese Gewalt vor! Unsere Justizministerin Christine Lambrecht hat ein [Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus](#) vorgelegt, das uns hierbei helfen soll. Unter anderem wird der Strafraum für Beleidigungen und Drohungen im Netz stärker erhöht, kommunal Verantwortliche werden künftig in die Regelungen für Landes- und Bundespolitiker einbezogen. Wir wollen eine Meldepflicht der Provider bei Straftaten im Netz und bei schweren Straftaten - nach richterlicher Anordnung - die Verpflichtung zur Herausgabe der persönlichen Daten der Tatverdächtigen. Das sind wichtige Bausteine. Ebenso wichtig ist es aber, dass auch die noch häufig zu leise Mehrheit in unserem Land ihre Stimme erhebt. 87% der Wählerschaft haben bei der letzten Bundestagswahl 2017 keine rechtsextreme Partei gewählt! In der öffentlichen Debatte wird das häufig vergessen. Denn die kleine und zumeist radikale und teilweise extremistische Minderheit hat es geschafft, die Hemmschwellen deutlich zu senken. Gewalt beginnt bei der Sprache und endet bei Mord und Terror. Vielleicht scheint das einigen zu drastisch formuliert. Ich schreibe diese Zeilen unter dem Eindruck von mehreren Schüssen, die neulich Nacht auf das Wahlkreisbüro meines Kollegen Karamba Diaby abgegeben wurden. Das ist nicht der einzige, leider nicht einmal der schlimmste, sondern „nur“ der aktuellste Angriff auf einen politischen Mandatsträger. Es geht nicht mehr darum, den „Anfängen zu wehren“, sondern darum, die andauernde Verharmlosung rechter Agitation und der Vernetzung der rechtsradikalen und rechtsextremem Kräfte im Land zu beenden. Wir tragen dabei alle Verantwortung. Die gewählten Repräsentanten der Demokratie sicher am meisten, ebenso wie Journalistinnen und Journalisten, aber letztendlich jede und jeder nicht nur mit der Abgabe der Stimme bei einer Wahl. „Die Welt wird nicht bedroht von den Menschen, die böse sind, sondern von denen, die das Böse zulassen.“ So hat das Albert Einstein gesehen und er hat bis heute Recht behalten, denn die Feinde unserer Demokratie sind nicht in der Mehrheit.

Herzliche Grüße



Bundespolitischer Stammtisch am 21. Januar

Der Ortsverein Stuttgart-Mitte und ich laden Euch und Sie herzlich zum ersten Stammtisch im neuen Jahr ein. Der Jahresanfang eignet sich besonders gut, um die Schwerpunkte im vor uns liegenden Jahr zu beleuchten. Wir freuen uns auf einen interessanten Austausch zu den Fragen, die Euch bewegen.

Dienstag, 21. Januar um 18 Uhr
Im Café Babel, Uhlandstr. 26
Nähe Haltestelle „Olgaek“

Bürger*innenanliegen

In den letzten Wochen erreichten mich verschiedene Anliegen. Mit Blick auf das Jahresende auch ein Schreiben zum Böllerverbot an Sylvester. Ein Dauerthema bleibt die Gemeinnützigkeit von Vereinen. Aber auch neue Themen wie die Regeln für Hyaluronsäure-Einspritzungen, das Anliegen Beamte in die Rentenkasse ein zu beziehen, die Verlängerung des Arbeitslosengeldes und das verpflichtende Ausgeben von Kassenbons beim Bäcker haben die Bürgerinnen und Bürger Stuttgarts interessiert.

Politischer Jahresauftakt in BaWü



Landespressekonferenz Baden-Württemberg, Foto: SPD-Fraktion

Beim Jahresauftakt der Landes-SPD wurden die Weichen schon über das Jahr hinaus gestellt. Das Treffen in Bad Boll stand bereits ganz im Zeichen der Landtagswahl im März 2021. Bevor wir personelle

Entscheidungen treffen, stehen zuerst die Inhalte im Vordergrund. In den fünf Fachforen zu den Themen [Mobilität](#), [Wohnen](#), [Technologie und Arbeit](#), [Bildung](#) und [Nachhaltigkeit/Umwelt/Energie](#) wurden in den letzten Monaten schon erste Grundlagen gelegt. Gemeinsam mit viel Sachverstand aus Verbänden und Vereinen, mit Kirchen, Gewerkschaften und Unternehmern haben wir einige Ideen zusammengetragen, die nun diskutiert und weiter bearbeitet werden. „Wir haben die Fenster weit aufgemacht für frische, neue, zum Teil auch sehr weitreichende Ideen“, so hat es Andi Stoch treffend beschrieben.

Gleichzeitig hat am Rande des Jahresauftakts eine kleine motivierte Gruppe ihre Arbeit aufgenommen, um frühzeitig die Erarbeitung des Landtagswahlprogramms zu begleiten. Auffälliges Merkmal der 6-köpfigen Gruppe ist übrigens unsere Prägung durch die Kommunalpolitik. Ich hoffe sehr, dass sich das auch am Ende in einem praxisnahen Programm widerspiegelt. Meine Aufgabe ist es, die Programmgruppe zu leiten und zusammen mit Dorothea Kliche-Behnke (Stadträtin in Tübingen und stv. Landesvorsitzende), Lara Herter (Gemeinderätin in Albstadt und stv. Juso-Landesvorsitzende), Sascha Binder (Generalsekretär), Stefan Fulst-Blei (stv. Fraktionsvorsitzender) und Roman Götzmann (OB Waldkirch) die Ergebnisse zu Papier zu bringen. Ab diesem Frühjahr geht die Landesspitze in einer Dialog-Tour durch das Land, um zu informieren, zu diskutieren und Ideen aufzusammeln. Die Ergebnisse sind weiterer Stoff für unsere Programmarbeit. Wir beziehen Fachleute aus Verbänden, Unternehmen und Wissenschaft mit ein. Wir fragen die Expertise unserer eigenen Mitglieder ab. Am Ende wollen wir das Programm so schreiben, dass alle das Ergebnis gerne lesen und niemand sich mühsam durchkämpfen muss. Im August soll das Wahlprogramm in einer ersten Fassung fertig sein und ab September in den SPD-Gliederungen diskutiert werden. Der offizielle Antragsschluss ist am 2. Oktober für den Landesparteitag am 13./14. November 2020 in Freiburg, auf dem das Wahlprogramm dann verabschiedet wird. Ich hoffe, dass sich viele von Euch im Laufe des Jahres mit ihren Ideen zum Landtagswahlprogramm einbringen.

Anhörung zur Lage unserer Schwimmbäder im Sportausschuss im Bundestag

Aufgrund einer Initiative der DLRG hat der Sportausschuss die Situation der Schwimmbäder beraten. Die Sachverständigen haben eindrucksvoll beschrieben, welche Gefahren durch Schließungen von Schwimmbädern entstehen. So gelten z.B. in Deutschland fast 60 Prozent der Zehnjährigen als nicht sichere Schwimmer*innen. Daher gibt es inzwischen Programme zur Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur in Höhe von 750 Millionen Euro, deren Mittel unter anderem für die Instandhaltung von Sportstätten verwendet werden können. Nicht zuletzt deshalb fordern wir zudem die Entschuldung von Kommunen, um diese auch hier wieder handlungsfähig zu machen. Für den kommenden Haushalt fordern wir ein Extra-Programm für Schwimmbadbau.

